

Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration 21.11.17 – Nachtrag

Zu TOP 1.2 Inklusionsprozess Aktionsplan

Hier:

- Darstellung Verfahrenfortgang;
- Kommentierung des Prozessverlaufs sowie des Entwurfs des Aktionsplans durch Herrn Raimund Patt – „Schulhorizonte“;
- neue Änderungsliste, Stand 13.11.17;
- Projektliste.

Ein Entwurf des Aktionsplans ist nach der Sommerpause durch die Stabsstelle Inklusion/Älterwerden vorgestellt worden. Der Entwurf wurde in der Lenkungsgruppe besprochen und zur Beratung in die Fachausschüsse Schule und Inklusion (Schulausschuss) und Generationen, Soziales und Integration (Sozialausschuss) und zusätzlich in die Fraktionen gegeben. Eine Empfehlung zur Beschlussfassung an den Rat sollte nach den Überlegungen in der Lenkungsgruppe im letzten Sozialausschuss vor der Ratssitzung am 04.12. erfolgen (21.11.).

In der ersten Ausschusssrunde Anfang Oktober wurde des Thema sowohl im Schul- als auch im Sozialausschuss vertagt mit der Maßgabe, Änderungswünsche der Fraktionen bis zum 13.10. mitzuteilen. Die Fraktion der Unabhängigen hat eine entsprechende Eingabe gemacht.

Im Schulausschuss wurde die Verwaltung am 08.11. aufgefordert, weitere Änderungen vorzunehmen und insbesondere das Aktionsprogramm für 2018 zu definieren:

„Der Ausschuss für Schule und Inklusion nimmt den vorliegenden Aktionsplan zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorgelegten Ergänzungen für die weitere Beratungsfolge zu berücksichtigen. Er empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef, die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit den Gremien für 2018 erste konkrete Maßnahmen vorzubereiten.“

Nach Aufgreifen des Themas im jüngsten Jugendhilfeausschuss (17.10.) soll der Aktionsplan auch im Jugendhilfeausschuss am 22.11. vorgestellt werden. Dieser liegt terminlich einen Tag nach dem federführenden Sozialausschuss (21.11.). Der Jugendhilfeausschuss erhält den Entwurf des Aktionsplans und die aktuellen Dokumente zur Kenntnis.

Nach den Beratungen in den Fachausschüssen wirft das Verfahren über das Zustandekommen des Aktionsplans neben inhaltlichen Fragen weiterhin grundsätzliche Fragen zum Inklusionsprozess in Hennef auf. Dazu gehören insbesondere die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Verwaltung (Stabsstelle) und Politik, die Zuständigkeit der Ausschüsse für das Thema Inklusion untereinander, der Fortgang des Verfahrens und die Umsetzung nach dem Beschluss eines Aktionsplans und die Frage, wie Menschen für die Beteiligung am Prozess gewonnen werden können. Diese Themen sind auch nach dem Beschluss des Aktionsplans im Rat weiter zu beraten. Dies korrespondiert mit der allgemeinen Kontinuität im Inklusionsprozess. Der Aktionsplan versteht sich ausdrücklich als Zwischenstand eines Beteiligungsprozesses. Im Haushalt sind entsprechende Mittel für die

Prozessfortführung und für die Umsetzung von Projekten bereitgestellt, sowohl für das Jahr 2018 als auch für die Folgejahre.

Nur eine breite Akzeptanz des Verfahrens und des Aktionsplans können zu einem guten und vor allem nachhaltigen Ergebnis in diesem bedeutsamen Anliegen führen und die bereits geleistete gute Arbeit aller Beteiligten fortführen. Vor diesem Hintergrund hat der Unterzeichner den Fachberater des Inklusionsprozesses in Hennef, Herr Raimund Patt, der von Anfang an das Verfahren begleitet hat, am 10.11. um eine Stellungnahme gebeten, die dieser unmittelbar zur Verfügung gestellt hat (s. Anlage).

Der Unterzeichner hat Herrn Patt gebeten, das bisherige Verfahren und auch den Entwurf des Aktionsplans zu kommentieren und Anregungen zu geben.

Während Herr Patt den Verlauf des Beteiligungsprozesses als zu typisch und völlig normal beschreibt und auch die Beschränkung des Prozesses in Hennef auf die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen zum Schutz eines erfolgreichen Prozesses als notwendig ansieht, wirbt er angesichts der Fortführung des Aktionsplans für klarstellende Ergänzungen (Ziffer 2) und für Aussagen, die die Umsetzung des Aktionsplans und das weitere Vorgehen im Prozess verbindlich machen (Ziffer 3).

Diese Anregungen decken sich mit den grundsätzlichen Fragestellungen aus dem Prozess und sind in der Fortsetzung der Prozessarbeit im Lenkungsausschuss und auch mit der Politik zu beraten, zu entscheiden und im Aktionsplan fortzuschreiben.

Als Nachtrag zur Ausschussvorlage ist die Änderungsliste zum Aktionsplan auf dem Stand 13.11.17 angefügt. Die mit der Einladung versandte Liste vom 07.11.17 ist damit überholt und kann ausgetauscht werden.

Als Ausfluss der Änderungswünsche hat die Stabsstelle vorab eine Projektliste aus den Ergebnissen und Ideen der Arbeitskreise erstellt, die ebenfalls beigefügt ist. Anhand dieser Liste lassen sich die Projekte identifizieren (Zeitraum „kurzfristig“), die im Sinne des Beschlusses des Schulausschusses vom 08.11. als erste konkrete Maßnahmen zur Ausführung kommen können.



Michael Walter
Erster Beigeordneter